

gen“ der einzig verbleibende Hinderungsgrund auf dem Weg zur Aufhebung der Sanktionen sein sollte (dies wiederum geht selbstverständlich wieder von der Annahme aus, die Abrüstungsmaßnahmen seien abgeschlossen).

81. Meiner Ansicht nach ist die Liste der Thesen, auf denen die oben genannten Vorschläge beruhen, weitreichend. Zudem fällt es schwer, den Grund oder Zweck der Verbindung anzuerkennen, die der Irak zwischen dem Prozeß der technischen Evaluierungstreffen und der, möglicherweise unbegrenzten, Aussetzung eines wichtigen Teils der UNSCOM-Arbeit vor Ort knüpft.

82. Zusammenfassend, muß ich den Sicherheitsrat daran erinnern, daß der vollständige Zugang nicht nur zu Abrüstungszwecken, sondern auch im Zusammenhang mit der fortdauernden Kontrolle und Verifikation nötig ist. Zugangsrechte, die heute aufgegeben werden, könnten in Zukunft dringend gebraucht werden.

83. Abschließend bedauere ich, dem Sicherheitsrat meine Zurückweisung von Beschuldigungen vortragen zu müssen, die öffentlich zu erheben der Irak für angebracht hielt und die zum Inhalt haben, UNSCOM-Mitarbeiter hätten den Abschluß der Abrüstungsfrage hinausgezögert, damit sie ihre Jobs und Einkommen behielten. Diese Behauptungen sind vollkommen falsch und geschmacklos.

Warum halten wir noch still?

Aufruf zum Aktionstag der Arbeitslosen am 5. Februar 1998

(Wortlaut)

Angeregt durch die Proteste der französischen Arbeitslosen (vgl. den Beitrag von Joachim Schild) haben sich Initiativen in der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt, auch hierzulande eine Bewegung gegen Arbeitslosigkeit auf die Beine zu bringen. Auftakt für eine Reihe von Aktionen, die bis zur Bundestagswahl dauern sollen, bildeten Kundgebungen und Besetzungen von Arbeitsämtern am 5. Februar. Mehr als 40 000 Menschen in rund 200 Städten folgten dem nachfolgend dokumentierten Aufruf. Er stammt von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Bielefeld. Zu den Unterstützern – Gewerkschaften, Parteien, Verbände – zählt auch der Arbeitslosenverband Deutschland (Berlin), der in seinem fast wortgleichen Aufruf unter dem Titel „Warum halten wir noch still?“ die Forderungen nach Grundsicherung und Arbeitszeitverkürzung mit konkreten Zahlenangaben ergänzte (1350 DM Grundsicherung plus Warmmiete; Wochenarbeitszeit 28 Stunden). – D.Red.

Schikane, Zwang in miese Jobs, kein Geld und keine Perspektive, so ist die Situation der Arbeitslosen und insbesondere der Langzeitarbeitslosen in Deutschland. Deshalb erklären wir uns solidarisch mit den Protesten der französischen Arbeitslosen und rufen zu einem Aktionstag am 5. Februar auf.

- Während die Erwerbslosen durch Meldepflicht und Bewerbungszwang schikaniert werden, entläßt die Bundesregierung sich selbst und die Unternehmer aus der Verantwortung! Deshalb wollen wir am Tag der Bekanntgabe der Januar-Arbeitslosenzahl vor den Arbeitsämtern gegen die Gesetzesänderungen und die Untätigkeit der Bundesregierung protestieren.

- Das Arbeitsförderungsreformgesetz diszipliniert Arbeitslose und fördert schlecht bezahlte Arbeit. Weg mit Meldepflicht und Bewerbungszwang, das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz! Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und existenzsichernde Löhne!

- Von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder miesen Jobs an der Sozialhilfegrenze kann man nicht menschenwürdig leben. Wir brauchen eine ausreichende soziale Absicherung!

- Wir brauchen deutlich kürzere und keine verlängerten Arbeitszeiten, wie die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst jetzt wieder fordern!

Der Euro kommt zu früh

Offener Brief von 155 Professoren der Wirtschaftswissenschaften vom 9. Februar 1998

(Wortlaut)

Einen Monat nachdem vier Professoren ihre Klage gegen den Euro beim Bundesverfassungsgericht abgegeben haben, sorgten 155 Professoren der Wirtschaftswissenschaften mit einem offenen Brief, abgeschickt an die „Frankfurter Allgemeine“ und die „Financial Times“, für Aufsehen. Die Argumentation pro Währungsunion, die da lautet, bei der Entscheidung über den Euro müßten „letztlich“ politische, nicht ökonomische Argumente den Ausschlag geben, bekommt nun einen etwas merkwürdigen Beiklang. Die Initiatoren der Erklärung (Wim Kösters, Bochum; Renate Ohr, Hohenheim; Roland Vaubel, Mannheim) um den Bonner Professor Manfred

Neumann, seines Zeichens Vorsitzender des Euro-Expertenrats im Bundeswirtschaftsministerium, gehen davon aus, daß mehr als zwei Drittel ihrer Fachkollegen die Einführung der gemeinsamen Währung für verfrüht halten. Wie auch immer, die Mehrheit in der Politik sieht jedenfalls anders aus. Vertreter der Regierung sowie der im Bundestag vertretenen Parteien sprachen sich erneut für den Euro-Fahrplan aus – lediglich die PDS lehnt „diesen“ Euro ab –; die Vorsitzende des Unterausschusses für Währung im Europäischen Parlament, die deutsche SPD-Abgeordnete Christa Randzio-Plath, bezeichnete das Vorgehen der Professoren („Euro-Brandstifter“) als „unlauter und verantwortungslos“ (FAZ, 10.2.1998). - D.Red.

1. Zur Europäischen Integration gibt es keine Alternative. Die gemeinsame Währung wird dazugehören – jedenfalls für Kerneuropa. Aber der Euro kommt zu früh.

2. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat Fortschritte gemacht. Jedoch ist sie nicht weit genug vorangetrieben worden, vor allem nicht in den großen Ländern wie Italien, Frankreich, aber auch Deutschland. Der Konsolidierungsprozeß wurde zu spät und nur halbherzig begonnen. Trotz eines ungewöhnlich niedrigen Zinsniveaus und damit günstiger Zinsaufwendungen für die öffentlichen Haushalte und trotz zahlreicher Beispiele kreativer Buchführung ist es gerade den Kernländern nicht gelungen, die vereinbarte Defizitgrenze deutlich und nachhaltig zu unterschreiten. Auch ist die durchschnittliche Schuldenquote in der Europäischen Union seit 1991 nicht gesunken, sondern um 15 Prozentpunkte gestiegen. Sie liegt heute weit über dem Maastricht-Limit. Das widerspricht dem Geist des Vertrages.

3. Der Vertrag verlangt zu Recht Nachhaltigkeit der Konvergenz. Dafür wurde zwar der sogenannte „Stabilitäts-pakt“ erfunden. Er kann jedoch dauerhafte Haushaltsdisziplin nichtgewährleisten. Seine Sanktionsandrohung ist allenfalls glaubwürdig, wenn nur ein einzelnes Land oder sehr wenige Länder betroffen sind. Da Sanktionen nicht automatisch eintreten, dürfte es aber kaum eine qualifizierte Mehrheit für die Anwendung des Paktes geben, wenn eine größere Zahl von Ländern gleichzeitig die Defizitgrenze verletzt. Die Stabilität des Euro kann der Pakt daher nicht sichern.

4. Seit dem Maastricht-Jahr 1991 haben sich zudem die strukturellen Probleme in Europa verschärft. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen. Gerade auch Deutschland und Frankreich – die Motoren der Europäischen Integration – sind nicht gut gerüstet für den verstärkten Strukturwandel und den härteren Wettbewerb in der Währungsunion. Der Euro löst das europäische Beschäftigungsproblem nicht. Da der Wechselkurs in einer Währungsunion nicht mehr als Anpassungsinstrument zur Verfügung steht, müssen die Arbeitsmärkte erheblich flexibler werden – in Deutschland, aber auch anderswo. Hier fehlt jedoch die klare Trendwende. Wenn es nicht vor Beginn der Währungsunion dazukommt, muß mit wirkungslosen Experimenten der Nachfragestimulierung und vor allem auch mit politischem Druck auf die Europäische Zentralbank gerechnet werden.

5. Die derzeitige wirtschaftliche Ausgangssituation ist daher denkbar ungeeignet für den Start der Währungsunion. Eine geregelte Verschiebung um einige Jahre – mit gemeinschaftlich vereinbarten Auflagen über zu erreichende weitere Konsolidierungsfortschritte – muß ernsthaft als politische Option in Betracht gezogen werden. Sie wäre keine politische Katastrophe und könnte von niemandem als Signal eines Ausstiegs aus dem Integrationsprozeß gedeutet werden. Der dauerhafte Erfolg des Euro ist wichtiger als der Zeitpunkt seiner Einführung.

6. Eine geregelte Verschiebung wäre für kein Land ein Grund, in seinen Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Denn damit würde es dokumentieren, daß es sich entweder das Ziel finanzpolitischer Disziplin nicht zu eigen macht oder gar nicht dazu in der Lage ist. Mit einem solchen Land die Währungsunion zu beginnen, wäre ein Kardinalfehler.

7. Scheitert der Versuch, im Konsens eine geregelte Verschiebung zu erreichen, dann muß jedenfalls für eine un-nachsichtige Prüfung der Konvergenz gesorgt werden. Dann darf nicht zum Tabu erklärt werden, daß die Währungsunion mit einer kleinen Gruppe von Ländern beginnt. Statt dessen müssen die Konvergenzkriterien auch im Sinne der Nachhaltigkeit so streng wie möglich ausgelegt werden – so streng wie es der Vertrag erlaubt. Wer die Konvergenzkriterien nicht ernst nimmt, untergräbt das Vertrauen in die faktische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und in die Stabilität des Euro. Die Erwartung eines von Anfang an schwachen Euro – nach innen wie nach außen – würde den Start der Währungsunion mit einer schweren Hypothek belasten.



Hinweis: Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des BUND-Verlags (für die „WSI-Mitteilungen“) sowie die „Blätter“-Leser/innenumfrage bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Die Insel im Internet – www.blaetter.de – Kommentare – Kurzinformationen – Register

Im März auf der Blätter-Website: Die Diskussion um die Eröffnung der Ausstellung „Aufstand des Gewissens“ in der Frankfurter Paulskirche. Reden von Klaus von Dohnanyi, Hans Eichel und Micha Brumlik. Die Analyse der Dohnanyi-Rede von Hanno Loewy und Werner Schneider.